

Fragen

für die Fragestunde der 81. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 25. Januar 2023

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	55, 56	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	12, 13
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	39, 40	Lehmann, Jens (CDU/CSU)	20, 21
Biadacz, Marc (CDU/CSU)	6	Leye, Christian (DIE LINKE.)	57
Brandl, Reinhard, Dr. (CDU/CSU)	16, 17	Meister, Michael, Dr. (CDU/CSU)	48, 49
Brandner, Stephan (AfD)	4, 5	Nacke, Stefan, Dr. (CDU/CSU)	9
Bröhr, Marlon, Dr. (CDU/CSU)	18, 19	Otte, Henning (CDU/CSU)	64
Bünger, Clara (DIE LINKE.)	58, 59	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	1, 11
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	47, 65	Pilsinger, Stephan (CDU/CSU)	34, 35
Gädechens, Ingo (CDU/CSU)	32, 33	Plum, Martin, Dr. (CDU/CSU)	61
Görke, Christian (DIE LINKE.)	51, 52	Reichel, Markus, Dr. (CDU/CSU)	10, 60
Gramling, Fabian (CDU/CSU)	44, 45	Renner, Martina (DIE LINKE.)	53, 54
Grübel, Markus (CDU/CSU)	22, 23	Röwekamp, Thomas (CDU/CSU)	14, 15
Güler, Serap (CDU/CSU)	24, 25	Rohwer, Lars (CDU/CSU)	41, 42
Hahn, Florian (CDU/CSU)	26, 27	Schwarz, Armin (CDU/CSU)	30, 31
Hierl, Susanne (CDU/CSU)	36	Stracke, Stephan (CDU/CSU)	8
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	62, 63	Vierregge, Kerstin (CDU/CSU)	28, 29
Jarzombek, Thomas (CDU/CSU)	43	Vogler, Kathrin (DIE LINKE.)	37, 38
Kaufmann, Michael, Dr. (AfD)	7	Whittaker, Kai (CDU/CSU)	50
Knoerig, Axel (CDU/CSU)	46	Wulf, Mareike Lotte (CDU/CSU)	2, 3

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung.....	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr ...	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat ..	14
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes.....	17

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

1. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)

Wie gestaltet sich nach den Plänen des Bundesministers für Arbeit und Soziales konkret der Ersatz des Arbeitskräfteausfalls für den jeweils betroffenen Betrieb im Rahmen der einzuführenden sogenannten Bildungszeit für Mitarbeiter (vgl. www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/heil-weiterbildungsgesetz-101.html und www.spiegel.de/wirtschaft/fachkraeftemangel-in-deutschland-mittelstaendler-sehen-plan-fuer-bezahlte-bildungszeit-kritisch-a-b6b329e8-ee37-4903-befd-30b11546924e, jeweils abgerufen am 17. Januar 2023)?
2. Abgeordnete
Mareike Lotte Wulf
(CDU/CSU)

Wie begründet die Bundesregierung, dass Entgeltersatzleistungen im Rahmen einer Bildungs(teil)zeit nicht steuerfinanziert, sondern über Beiträge der Arbeitslosenversicherung gedeckt werden sollen, obwohl aufgrund der meiner Auffassung nach nicht ausreichend definierten Vorgabe eines „hinreichenden Arbeitsmarktbezugs“ auch rein individuelle bildungspolitische Ziele erfüllt werden können (www.bmas.de/DE/Service/Gesetze-und-Gesetzesvorhaben/weiterbildungsgesetz.html)?
3. Abgeordnete
Mareike Lotte Wulf
(CDU/CSU)

Mit welchen Kosten je außerbetrieblichem Ausbildungsplatz, der im Zuge der Einführung einer Ausbildungsgarantie zusätzlich eingerichtet werden soll, rechnet die Bundesregierung, und wie viele Plätze werden nach Planung der Bundesregierung zur Umsetzung der Ausbildungsgarantie bundesweit jährlich benötigt?
4. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)

Wie hoch waren nach Kenntnis des Bundesministers für Arbeit und Soziales hierzulande die zusätzlichen Gesamtkosten im Bereich der Sozialausgaben für ukrainische Flüchtlinge im Jahr 2022?
5. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)

Inwieweit sind nach Ansicht des Bundesministers für Arbeit und Soziales die Sozialleistungen angesichts der gestiegenen Inflation hierzulande anzupassen?
6. Abgeordneter
Marc Biadacz
(CDU/CSU)

Wie hoch schätzt das Bundesministerium für Arbeit und Soziales den jährlichen Brutto-Fachkräftebedarf aus Drittstaaten in den kommenden Jahren ein, und welche Maßnahmen enthält die Fachkräftestrategie, um einen Beitrag zur Entbürokratisierung und Digitalisierung der Visaverfahren zur Fachkräfteeinwanderung zu gewährleisten?

7. Abgeordneter
Dr. Michael Kaufmann
(AfD)
- Hält die Bundesregierung weiter an ihrer vielfach geäußerten Auffassung fest, dass mit der „unkontrollierten Zuwanderung“ auch in maßgeblicher Anzahl dringend benötigte Fachkräfte ins Land kommen, obwohl sie, laut ihrer Antwort auf meine diesbezügliche Mündliche Frage 42, Plenarprotokoll 20/78, über keinerlei Informationen verfügt, wie viele der seit 2015 Zugewanderten über eine im Herkunftsland abgeschlossene Ausbildung oder ein Studium verfügen (www.br.de/nachrichten/meldung/csu-landesgruppe-stellt-sich-gegen-unkontrollierte-zuwanderung,30053b9de)?
8. Abgeordneter
Stephan Stracke
(CDU/CSU)
- Was will die Bundesregierung dagegen tun, dass die Erwerbstätigenquote bei Menschen aus Syrien und Afghanistan deutlich unter der durchschnittlichen Beschäftigungsquote von Ausländern in Deutschland liegt, und warum gelingt die Integration in den Arbeitsmarkt bei Menschen aus anderen Herkunftsländern besser, beispielsweise bei Menschen aus Eritrea, die überdurchschnittlich häufig sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind (vgl. Migrationsmonitor der Bundesagentur für Arbeit)?
9. Abgeordneter
Dr. Stefan Nacke
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung angesichts des akuten Arbeitskräftemangels und der absehbaren demografischen Entwicklung vor, das gesetzlich festgelegte Renteneintrittsalter dahingehend zu reformieren, dass Menschen ein flexiblerer Übergang zwischen dem Erwerbsleben und dem Ruhestand ermöglicht wird?
10. Abgeordneter
Dr. Markus Reichel
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen oder Reformen plant das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, um Unternehmen bei der verdeckten Arbeitnehmerüberlassung aus der Illegalität zu holen und agile Projektmanagements zu ermöglichen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der
Verteidigung**

11. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)
- Welche Ziele und Maßnahmen visiert der neue Bundesminister der Verteidigung konkret bis zum Ende des Jahres 2023 an, und wie wird dabei insbesondere dem vorhandenen Problem des Personalmangels der Bundeswehr begegnet (www.fokus.de/politik/deutschland/keine-soldaten-in-sicht-lambrecht-muss-personalplanung-der-bundeswehr-nach-unten-korrigieren_id_182741215.html, zuletzt abgerufen am 17. Januar 2023)?
12. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Wodurch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der im Nachhaltigkeitsbericht 2022 des Bundesministeriums der Verteidigung und der Bundeswehr erwähnte rückläufige CO₂-Ausstoß von 35,7 Prozent zu erklären (www.bmvg.de/de/aktuelles/nachhaltigkeitsbericht-2022-ziele-der-agenda-2030-im-fokus-5559254, S. 30)?
13. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Welche Übungsplätze der Bundeswehr sind nach Kenntnis der Bundesregierung dazu geeignet, das Anlegen von Feldbefestigungen wie Schützenmulden, Schützenlöchern, Laufgräben, Kampfständen und Splitterschutzgräben zu üben, und wie viel Prozent des Übungsgeländes ist davon als Naturschutzgebiet ausgenommen (www.bmvg.de/resource/blob/5561086/9aac6bb5bcd64e90a0552a3705878987/download-nachhaltigkeitsbericht-2022-data.pdf, S. 25)?
14. Abgeordneter
**Thomas
Röwekamp**
(CDU/CSU)
- Welche Erwägungen haben die Bundesregierung dazu veranlasst, nach dem Februar des Jahres 2022 von einer Beauftragung der Industrie zur Instandsetzung ausgemusterter militärischer Großgeräte abzusehen (vgl. Aussagen vom Vorstandsvorsitzenden der Rheinmetall AG Armin Pappberger in der Bild am Sonntag vom 15. Januar 2023)?
15. Abgeordneter
**Thomas
Röwekamp**
(CDU/CSU)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus den neuen sicherheitspolitischen Gegebenheiten hinsichtlich der Einlagerung ausgemusterter militärischer Großgeräte und deren Einsatzbereitschaft?

16. Abgeordneter
Dr. Reinhard Brandl
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung die Presseberichte der „WirtschaftsWoche“ vom 18. November 2022 bestätigen, wonach bei einer Stellprobe auf dem Fliegerhorst Schönewalde-Holzdorf in Brandenburg Mitte August 2022 die Rotoren des CH-47F zu dicht unter der Decke vorbeischrämten, Luft aus den Reifen gelassen werden musste, um überhaupt durch den Eingang des Hangars zu kommen und der Chinook extra vollgetankt wurde, um ihn tieferzulegen?
17. Abgeordneter
Dr. Reinhard Brandl
(CDU/CSU)
- Wann werden sowohl der Haushalts- als auch der Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages über die geplanten 25 Mio. Euro-Vorlagen in Kenntnis gesetzt, wie in den Antworten der Bundesregierung auf die Kleinen Anfragen der Fraktion der CDU/CSU auf Bundestagsdrucksachen 20/4509 (Antwort zu Frage 36) und 20/4525 (Antwort zu Frage 40) angekündigt, wonach beide „jeweils zu Beginn eines Jahres und nach der parlamentarischen Sommerpause über die in den Folgemonaten geplanten 25-Mio.-Euro-Vorlagen unterrichtet“ werden?
18. Abgeordneter
Dr. Marlon Bröhr
(CDU/CSU)
- Rechnet die Bundesregierung nach wie vor mit der Fertigstellung der Infrastruktur am Fliegerhorst Büchel für die F-35-Kampffjets im Jahr 2026 angesichts von Presseberichten über massive Kapazitätsengpässe bei der Bauplanung und der Bauausführung?
19. Abgeordneter
Dr. Marlon Bröhr
(CDU/CSU)
- Wann und wie plant die Bundesregierung, den Personalmehrbedarf des Sanitätsdienstes der Division 2025 von rund 3700 Stellen zu decken, angesichts von der Planung von nur 2000 zusätzlichen Planstellen für den Sanitätsdienst der Bundeswehr insgesamt?
20. Abgeordneter
Jens Lehmann
(CDU/CSU)
- Welche Schritte unternimmt die Bundesregierung, um die geplante Division 2025 des Heeres auch personell, materiell und organisatorisch zu gewährleisten, ohne andere Truppenteile in ihrer Ausrüstung einzuschränken?
21. Abgeordneter
Jens Lehmann
(CDU/CSU)
- Wie gedenkt die Bundesregierung, die Munitionsvorräte der Bundeswehr substanziell so aufzufüllen und damit die 30-Tage-Bevorratung zu erreichen, wenn die regierungstragenden Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP nach meiner Auffassung bei den Haushaltsberatungen 2023 gezeigt haben, dass ein sinkender und dann gleichbleibender Verteidigungsetat wichtiger ist als steigende Munitionsvorräte?

22. Abgeordneter
Markus Grübel
(CDU/CSU)
- Wie sieht das weitere Verfahren bzw. die Planung zur Beschaffung der dringend benötigten Munition für die Bundeswehr aus (Haushaltsvorkehrungen, Vorlage 25-Mio.-Vorlage an den Deutschen Bundestag, Zulauf bei der Bundeswehr, Depotflächen)?
23. Abgeordneter
Markus Grübel
(CDU/CSU)
- Wann wird nach Planungen der Bundesregierung die NATO-Vorgabe bezüglich des erforderlichen Munitionsvorrats erfüllt sein?
24. Abgeordnete
Serap Güler
(CDU/CSU)
- Wie viele Soldatinnen und Soldaten haben im Kalenderjahr 2022 vorzeitig ihren Dienst beendet, und wie viele waren dies im Kalenderjahr 2021?
25. Abgeordnete
Serap Güler
(CDU/CSU)
- Haben mittlerweile Gespräche zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung und Frankreich hinsichtlich des von Frankreich angemeldeten Informationsbedarfs bezüglich einer Teilnahme an der European Sky Shield Initiative stattgefunden (Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 72 auf Bundestagsdrucksache 20/4970)?
26. Abgeordneter
Florian Hahn
(CDU/CSU)
- In welcher Höhe sind im Jahr 2022 für Beschaffungsprojekte des Bundesministeriums der Verteidigung eingeplante Gelder nicht abgeflossen?
27. Abgeordneter
Florian Hahn
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen zur Aufwuchsfähigkeit der aktiven Truppe und der Reserve hat das Bundesministerium der Verteidigung seit 24. Februar 2022 im Lichte der veränderten Sicherheitslage, die mit einer nach meiner Auffassung enorm gestiegenen Bedrohungslage für Deutschland und das Bündnis einhergeht, unternommen?
28. Abgeordnete
Kerstin Vieregge
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung Berechnungen vorgenommen, wie viele Kinder und Angehörige von Bundeswehrsoldaten kurzfristig durch den Staat im Verteidigungsfall betreut werden können, damit die personelle Einsatzbereitschaft auch vor dem Hintergrund der Anforderungen der Landes- und Bündnisverteidigung gewährleistet wird, und wenn ja, wie ist das Ergebnis?
29. Abgeordnete
Kerstin Vieregge
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Maßnahmen zur gemeinsamen Beschaffung von Flugabwehrsystemen wurden seit Verkündung der European Sky Shield Initiative am 19. August 2022 eingeleitet?

30. Abgeordneter
Armin Schwarz
(CDU/CSU)
- Wie gedenkt die Bundesregierung, die Finanzierung für die dringend benötigte Ausstattung der Bundeswehr mit Munition zeitnah zu gewährleisten, vor dem Hintergrund, dass der Bundesminister der Finanzen Christian Lindner und die ehemalige Bundesministerin der Verteidigung Christine Lambrecht sich öffentlichkeitswirksam hierzu nicht einigen konnten?
31. Abgeordneter
Armin Schwarz
(CDU/CSU)
- Wann erhält Griechenland die zugesagten Schützenpanzer Marder, vor dem Hintergrund, dass die Ukraine 40 Schützenpanzer Marder von der Industrie erhalten soll, die ursprünglich für Griechenland gedacht waren, und aus welchen Beständen sollen die an Griechenland zu liefernden Schützenpanzer Marder stammen (www.handelsblatt.com/politik/deutschland/ukraine-krieg-griechenland-soll-fuer-ukraine-vorerst-auf-deutsche-marder-schuetzenpanzer-verzichten/28914402.html)?
32. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)
- An welchem Tag hat die Leitung des Bundesministeriums der Verteidigung die Verfügbarkeit von Schützenpanzern Marder aus Bundeswehrbeständen für eine Abgabe an die Ukraine festgestellt (bitte die konkrete Stückzahl angeben), und welche konkrete Person aus der Leitung des Bundesministeriums der Verteidigung hat dies abschließend entschieden?
33. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)
- Haben im Rahmen der Erstellung eines Beitrags des Bundesamts für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr zur Anwendbarkeit des Artikels 346 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union für die entsprechende Entscheidungsvorlage des Bundesministeriums der Verteidigung im Rahmen des Hubschrauber-Beschaffungsprojektes LUH SK/LKH Externe an der Erstellung dieses Beitrages in irgendeiner Form mitgewirkt (Verfassung des Beitrages, Zuarbeit bei der Verfassung des Beitrages, Beratung bei der Erstellung des Beitrages etc.), und falls ja, welche Externe waren dies konkret?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

34. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Mit welchen Argumenten lehnt die Bundesregierung, wie vom Bundesminister für Gesundheit Dr. Karl Lauterbach am 26. Oktober 2022 in der Bundespressekonferenz dargestellt, eine (Teil-) Entkriminalisierung von Cannabis zu Genusszwecken (verglichen beispielsweise mit den Niederlanden, Portugal oder Luxemburg) ab, sollte die von der Bundesregierung geplante Legalisierung von Cannabis zu Genusszwecken gemäß dem am 25. Oktober 2022 vom Bundeskabinett beschlossenen Eckpunktepapier aus europarechtlichen Gründen nicht möglich sein?
35. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- An wen bzw. an welche Institution wurde das vom Bundesminister für Gesundheit Dr. Karl Lauterbach geplante Gutachten zur Legalisierung von Cannabis zu Genusszwecken (www.zeit.de/news/2022-11/29/lauterbach-plant-gutachten-zu-cannabis-legalisierung?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F) vergeben, und auf welche Summe belaufen sich die Gesamtkosten zur Erstellung dieses Gutachtens?
36. Abgeordnete
Susanne Hierl
(CDU/CSU)
- Mit welchen Maßnahmen hat die Bundesregierung dafür Sorge getragen, dass die Beschäftigten in der Pflege bzw. im medizinischen Bereich vom Auslaufen der sektoralen Impfpflicht zum 31. Dezember 2022 informiert wurden?
37. Abgeordnete
Kathrin Vogler
(DIE LINKE.)
- Auf Grundlage welcher Informationen wurden die Erstattungspreise, die die Bundesregierung den Laborbetreibern für PCR-Tests auf das neuartige Coronavirus jeweils gezahlt hat, festgelegt bzw. angepasst, und warum zahlte und zahlt die Bundesregierung den Laborbetreibern mehr als die Krankenkassen (bitte die jeweiligen Preise auflisten; www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/pcr-tests-111.html)?

38. Abgeordnete
Kathrin Vogler
(DIE LINKE.)
- Auf Grundlage welcher Informationen kommt der Bundesminister für Gesundheit, Dr. Karl Lauterbach, zu seiner Aussage, „die Tests in Deutschland“ seien „teurer als im Ausland“ (www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/pcr-tests-111.html), und was war ausschlaggebend für die Bundesregierung, für die Regelversorgung der Bevölkerung auf Schnelltests statt wie in Teilen Österreichs auf die zuverlässigeren PCR-Tests zu setzen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Kosten pro PCR-Test in Österreich deutlich unter den erstatteten Kosten für Schnelltests in Deutschland lagen (www.wiwo.de/unternehmen/dienstleister/corona-tests-warum-hat-oesterreich-reichlich-guenstige-pcr-tests-deutschland-aber-nicht/28004238.html; www.tirol.gv.at/gesundheit-vorsoerger/infekt/coronavirus-covid-19-informationen/tirol-testet/tirol-gurgelt/; www.deutsche-apotheker-zentrale.de/news/artikel/2021/06/23/poc-test-verguetung-sinkt-ab-1-juli-auf-11-50-nbsp/)?
39. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird sich die Bundesregierung bei positiven Studienergebnissen für beschleunigte Zulassungsverfahren für Medikamente zur Behandlung von Patientinnen und Patienten mit Long COVID und ME/CFS-Erkrankung, beispielsweise konkret für das Medikament BC 007, wie sie bei COVID-19-Impfstoffen zur Anwendung kamen, einsetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr

40. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kosten werden die Planungen des 17. Bauabschnitts der A 100 in Berlin verursachen, die nunmehr an ein Berliner Ingenieurbüro vergeben wurden (www.tagesspiegel.de/berlin/berliner-ingenieurbuero-mit-planung-beauftragt-bund-will-a100-bis-2035-nach-prenzlauer-berg-verlangern-9155604.html), und macht es aus Sicht der Bundesregierung Sinn, dieses Geld gegen den erklärten Willen der betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner und der Berliner Landesregierung auszugeben?

41. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)
- Inwiefern vertritt die Bundesregierung die Auffassung, dass Verkehrszählungen in Pandemiezeiten mit umfassenden Lockdown-Phasen, Unterbrechungen von Lieferketten und Bewegungseinschränkungen beispielhaft für zukünftige Verkehrsprognosen sind, und inwieweit kann dies wissenschaftlich auch unteretzt werden (www.bast.de/DE/Verkehrstechnik/Fachthemen/v2-verkehrszaehlung/Aktuell/zaehl_aktuell_node.html?cms_map=1&cms_filter=true&cms_jahr=Jawe2021&cms_land=&cms_strTyp=A&cms_str=&cms_dtvKfz=&cms_dtvSv=)?
42. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)
- Wie ist der aktuelle Stand der Planungen, und welche konkreten Zeitpläne gibt es für die Elektrifizierung der Bahnstrecke Dresden–Görlitz (inkl. des schienengebundenen Nebennetzes)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

43. Abgeordneter
Thomas Jarzombek
(CDU/CSU)
- Ist der angekündigte Härtefallfonds für die außeruniversitären Forschungseinrichtungen (siehe Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 83 auf Bundestagsdrucksache 20/4515) bereits aktiv, und falls ja, wie viel Geld ist bereits an welche Einrichtung abgeflossen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz

44. Abgeordneter
Fabian Gramling
(CDU/CSU)
- Welche Auswirkungen auf die Stabilität des Stromnetzes in Süddeutschland wird nach Kenntnis der Bundesregierung das Abschalten der drei verbliebenen Kernkraftwerke zum 15. April 2023 haben, und welche Maßnahmen sind aus Sicht der Bundesregierung notwendig, um die Netzstabilität und damit die Versorgungssicherheit in Süddeutschland (www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.en-gpass-in-baden-wuerttemberg-das-bedeutet-der-aktuelle-aufruf-zum-stromsparen.a22935b5-cca7-43a3-809f-a0c72c76f2ce.html) nach dem 15. April 2023 zu gewährleisten?

45. Abgeordneter
Fabian Gramling
(CDU/CSU)
- Hält es die Bundesregierung für notwendig, die Gasverstromung in Deutschland aufgrund der neuen Erkenntnisse in Bezug auf die Klimaschädlichkeit des Flüssigerdgases (www.fr.de/wirtschaft/fluessiggas-dreckig-wie-steinkohle-92015928.html#:~:text=Wird%20das%20Gas%20zur%20Stromproduktion,Gramm%20pro%20kWh%20freigesetzt%20werden.) zu reduzieren, und wenn ja, durch welche konkreten Maßnahmen?
46. Abgeordneter
Axel Knoerig
(CDU/CSU)
- Welche Kenntnisse, die z. B. durch Kontrollen der Finanzkontrolle Schwarzarbeit gewonnen wurden, hat die Bundesregierung über mögliche systematische Rechtsverletzungen in der Kurier-, Express- und Paketdienstbranche?
47. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Trifft es zu, dass sich die Bundesregierung grundsätzlich Endverbleibszusicherungen zu den an die Ukraine gelieferten Waffen geben lässt, nach denen die Ukraine nicht nur verpflichtet ist, die Waffen weder zeitweise noch dauerhaft in Teilen, im Ganzen oder im eingebauten Zustand wieder auszuführen oder anderweitig Dritten zu überlassen (Bundestagsdrucksache 20/2924, Antwort zu Frage 12), sondern diese nach meiner Kenntnis auch nicht gegen Ziele in Russland eingesetzt werden dürfen, vor dem Hintergrund mutmaßlicher Angriffe der ukrainischen Seite im Dezember 2022 auf Ziele tief in Russland (www.fr.de/politik/ukraine-krieg-drohnen-angriffe-ziele-russland-sowjet-raketen-news-91962003.html) und der Versicherung durch Außenminister Dmytro Kuleba und Verteidigungsminister Olexij Resnikow die erbetenen deutschen Leopard-Panzer ausschließlich für die Verteidigung der territorialen Unversehrtheit der Ukraine in den international anerkannten Grenzen verwenden zu wollen (dpa vom 19. Januar 2023), wenn nicht, warum nicht (bitte begründen), und wenn ja, trifft es zu, dass die Bundesregierung, namentlich die Bundesministerin des Auswärtigen Annalena Baerbock, sich nach meiner Kenntnis dafür einsetzen möchte bzw. dafür ist, dass es keine territorialen Einsatzbeschränkungen gibt?
48. Abgeordneter
Dr. Michael Meister
(CDU/CSU)
- Wie positioniert sich die Bundesregierung zu dem von der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen geplanten europäischen Souveränitätsfonds zur Unterstützung des grünen und digitalen Wandels der europäischen Industrie (www.euractiv.de/section/europa-kompakt/news/von-der-leyen-eu-souveraenitaetsfonds-soll-im-sommer-vorge schlagen-werden/)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

49. Abgeordneter
Dr. Michael Meister
(CDU/CSU)
- Wie positioniert sich die Bundesregierung zu dem Vorschlag des EU-Binnenmarktkommissars Thierry Breton, den geplanten europäischen Souveränitätsfonds durch gemeinsame europäische Schulden zu finanzieren (https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/STATEMENT_22_5543 sowie www.euractiv.de/section/europa-kompakt/news/von-der-leyen-eu-souveraenitaetsfonds-soll-im-sommer-vorgeschlagen-werden/)?
50. Abgeordneter
Kai Whittaker
(CDU/CSU)
- Unterstützt die Bundesregierung das Vorhaben des Bundesministers der Finanzen Christian Lindner, jährlich 10 Mrd. Euro Schulden für die sogenannte Aktienrente aufzunehmen?
51. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.)
- Sehen die Compliance-Vorgaben der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und des Bundesministeriums der Finanzen vor, dass die Beschäftigten, die zur Regulierung von Kryptowerten wie Bitcoin arbeiten, selbst keine Kryptowerte halten und handeln dürfen?
52. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.)
- Wie hoch waren nach Kenntnis der Bundesregierung das Aufkommen des Solidaritätszuschlags im Jahr 2022 beim einkommensstärksten Prozent der Steuerzahler sowie der Anteil am Gesamtaufkommen des Solidaritätszuschlags (falls keine Daten vorliegen, bitte wie in der Antwort zu Frage 9 auf Bundestagsdrucksache 20/2408 berechnen und bitte die Einkunftshöhe des einkommensstärksten Prozents angeben)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des
Innern und für Heimat**

53. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Wurde aufgrund außerdienstlicher Verbindungen und Kontakte zu Personen, Personengruppen oder Organisationen der rechtsextremen Szene, der Neuen Rechten, der Reichsbürger-Szene, der Querdenker-Szene oder der QAnon-Szene eine mögliche Verletzung von Treue- und Wohlverhaltenspflichten durch Beamte bzw. Mitarbeiter von Behörden oder Stellen des Bundes geprüft, und wenn ja, in wie vielen Fällen per 31. Dezember 2022 (bitte aufschlüsseln nach den 14 Behörden und Stellen des Bundes, deren Beamte bzw. Mitarbeiter von der Prüfung am häufigsten betroffen sind)?
54. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Wie viele (versuchte) Tötungsdelikte aus dem Jahr 2022 wurden vom Bundeskriminalamt als politisch motiviert erfasst (bitte Fälle nach Phänomenbereichen sortiert auflisten)?
55. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Inwiefern wird die Bundesregierung Wahlkampfveranstaltungen der türkischen Regierungsparteien AKP und MHP in Deutschland genehmigen, und welche konkreten Konsequenzen wird die Bundesregierung aus Wahlkampfveranstaltungen, wie etwa jener des Abgeordneten der Großen Nationalversammlung der Türkei, Mustafa Açıkgöz (AKP), in der zu den sogenannten Grauen Wölfen zugehörigen „Yunus-Emre-Moschee“ in Neuss, ziehen, wo dieser am 13. Januar 2023 Medienberichten zufolge gegen Angehörige der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) sowie Anhängerinnen und Anhänger des in der Türkei verfolgten Predigers Fethullah Gülen gehetzt haben und diesen mit „Vernichtung“ gedroht haben soll (vgl. www.fr.de/politik/akp-abgeordneter-moschee-graue-woeffe-neuss-hetze-gewalt-erdogen-tuerkei-92028541.html)?

56. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Hat die Bundesregierung Erkenntnisse zu dem mir bekannt gewordenen Umstand, dass Teilnehmende von (verpflichtenden) Integrationskursen zum Teil in finanzielle Schwierigkeiten geraten, weil sie die Fahrtkosten zum Kursort verauslagen müssen und den Fahrtkostenzuschuss gemäß § 4a der Integrationskursverordnung nicht als Vorschuss erhalten, wenn ja, welche, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, auch Teilnehmenden von Integrationskursen den Fahrtkostenzuschuss als Vorschuss zu gewähren, wie es etwa bei Teilnehmenden von beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen durch die Jobcenter möglich ist (vgl. § 42 SGB I)?
57. Abgeordneter
Christian Leye
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet es die Bundesregierung, dass laut Medienberichten (<https://theintercept.com/2023/01/16/twitter-covid-vaccine-pharma/>) das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik den Impfstoffhersteller BioNTech vor Twitter-Aktionen für die Freigabe der Patente für die COVID-19-Impfstoffe warnt, und inwiefern sieht die Bundesregierung die Aufgabe der ihr unterstellten Behörden darin, dabei zu helfen, legitime Forderungen in sozialen Netzwerken ins Leere laufen zu lassen?

58. Abgeordnete
Clara Bünger
(DIE LINKE.)

Wie soll nach Auffassung des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI) bei der Erteilung von Aufenthalts- und Niederlassungserlaubnissen bzw. von Reiseausweisen und Passersatzpapieren damit umgegangen werden, dass nach einer Verbalnote der afghanischen Botschaft keine neuen Pässe ausgestellt und entsprechende Anträge nicht entgegengenommen und nicht bearbeitet werden, von – nicht näher genannten – „Ausnahmefällen“ abgesehen, und es auch nicht absehbar sei, wann wieder Anträge auf neue Pässe bearbeitet werden können (vgl. auch die Mitteilung des BMI vom 2. September 2022 an die zuständigen Landesbehörden, <https://fr-hessen.de/2022/09/28/bmi-zur-passbeschaffung-afghanistan/>), angesichts von mir zugetragenen Informationen, wonach z. B. in der ausländerbehördlichen Praxis in Hessen Passersatzpapiere, Aufenthalts- oder Niederlassungserlaubnisse verweigert worden sein sollen mit der Begründung, dass die weitere Entwicklung abgewartet werden müsse und noch keine dauerhafte Unmöglichkeit der erforderlichen Identitätsklärung anzunehmen sei (bitte ausführen), und ist das BMI dazu bereit, seine diesbezüglichen Hinweise vom 2. September 2022 in dem Sinne klarzustellen, dass die auf den o. g. Gründen beruhende aktuelle Unmöglichkeit der Passbeschaffung bzw. Identitätsklärung nicht dazu führen darf, dass afghanische Staatsangehörige bei der Ausstellung von Passersatzpapieren, Aufenthalts- oder Niederlassungserlaubnissen benachteiligt werden (bitte begründen)?

59. Abgeordnete
Clara Bünger
(DIE LINKE.)
- Was kann die Bundesregierung mitteilen zum Stand bzw. Ergebnis der Überprüfung der Entscheidungspraxis des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zu Kriegsdienstverweigerern aus der Russischen Föderation (Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 24 auf Bundestagsdrucksache 20/4515), und welche Angaben kann die Bundesregierung dazu machen, wie vielen Personen aus der Russischen Föderation die Bundesrepublik Deutschland seit Ende Februar 2022 Schutz gewährt hat, insbesondere auch z. B. Deserteuren oder Reservisten (bitte zum Beispiel Angaben oder Einschätzungen machen zu Aufnahmeerklärungen bzw. erteilten Visa nach § 22 des Aufenthaltsgesetzes an individuell gefährdete russische Staatsangehörige und ihre Familienangehörigen, Schengenvisa für besonders gefährdete Personen, gewährten Flüchtlingsstatus für russische Oppositionelle, Deserteure oder Wehrdienstverweigerer – bitte differenzieren – und erteilte Aufenthaltserlaubnis an russische Staatsangehörige nach Zweckwechsel zur Ermöglichung des weiteren Aufenthalts nach Einreise mit einem Visum)?
60. Abgeordneter
Dr. Markus Reichel
(CDU/CSU)
- Welche Analysen und Ergebnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, wie sich das Auswanderungsverhalten Deutscher in den vergangenen Jahren qualitativ und quantitativ entwickelt hat (bitte nach Altersklassen von Personen im erwerbsfähigen Alter aufschlüsseln) und welchen Einfluss hier arbeitsmarktbezogene Faktoren haben?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

61. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Welcher Bedarf besteht nach Einschätzung der Bundesregierung an der Fortgeltung der Verordnung über die Gewährung von Vorrechten und Befreiungen an die Westeuropäische Union?
62. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche unerwünschten Nebenwirkungen der inzwischen neun Sanktionspakete gegenüber Russland sind der Bundesregierung bekannt, und was ist der Bundesregierung über konkrete Beeinträchtigungen des Handels mit Agrarprodukten und Düngemitteln im Zusammenhang mit diesen Sanktionspaketen seit dem 24. Februar 2022 bekannt geworden?

63. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Wer ist nach Kenntnis der Bundesregierung das Staatsoberhaupt Venezuelas, und teilt die Bundesregierung die Einschätzung der britischen Regierung, dass die venezolanische Nationalversammlung von 2015 weiterhin das legitime Parlament Venezuelas ist und sich weiterhin im Amt befindet (<https://amerika21.de/2023/01/262218/britannien-opposition-gold-venezuela>)?
64. Abgeordneter
Henning Otte
(CDU/CSU)
- Wie sieht die Strategie der Bundesregierung aus, die wachsende Instabilität in der Sahel-Zone zu mindern vor dem Hintergrund des ausgehandelten Kompromisses zwischen dem Auswärtigem Amt und dem Bundesministerium der Verteidigung zur Beendigung des MINUSMA-Einsatzes in Mali bis Mai 2024?
65. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche) hat die Bundesregierung angesichts der Forderung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) an den Energielieferanten und Partner der Bundesregierung Aserbaidshans (www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/regierungspresskonferenz/2552088), den strategisch wichtigen Latschin-Korridor für kranke und notleidende Armenier freizugeben (dpa vom 21. Dezember 2022), darüber, dass den Latschin-Korridor Experten zufolge nicht Umweltaktivisten, sondern aserbaidshansische Streitkräfte blockieren (www.zeit.de/politik/ausland/2023-01/bergkarabach-konflikt-aserbaidshans-armenien-latschin-korridor), und welche Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche) hat die Bundesregierung darüber, ob es der Autokratie Aserbaidshans um einen eigenen Korridor zu seiner Exklave Nachitschewan geht, die wiederum an den Verbündeten Türkei grenzt, sodass Armenien vom Iran abgeschnitten würde, vor dem Hintergrund, dass es bei dieser Verbindung auch um Öl und Gas geht, das auf direktem Wege Richtung Türkei und weiter nach Europa transportiert werden könnte, um so Teil des erst im Sommer 2022 geschlossenen Energie-deals der EU mit Aserbaidshans zu werden (www.zdf.de/nachrichten/politik/bergkarabach-armenien-aserbaidshans-humanitaere-katastrophe-100.html)?

